Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Konpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 149 | Dresden, Mittwoch den 30. Juni 1926 | 37. Jahrg.

Welche Konsequenzen, Herr Külz?

Der Reichsminister des Innern hat am Dienstag anläßlich der zweiten Lesung des Fürstenabfindungsgesetzes im Reichstag im Namen des Gesamtkabinetts davon gesprochen, daß die Reichsregierung entschlossen ist, aus der Ablehnung des Gesetzes die „Konsequenzen" zu ziehen. Welcher Art diese Konsequenzen sind, hat er nicht gesagt. Die Regierung ist sich also selbst noch nicht schlüssig, ob sie im Fall der Ablehnung zurücktritt oder den Reichstag auflösen soll. Der Soz. Pressedienst schreibt dazu:

Das Wesentliche ist zunächst, daß die Regierung festgelegt ist und schwerlich wieder zurück kann, wenn ihre Autorität im Volke nicht gänzlich erschüttert werden soll. Entweder wird also das Gesetz angenommen und die „Konsequenzen" sind hinfällig, oder es wird abgelehnt, und dann kann es für die Regierung nur das eine oder das andre geben. Dabei sollte man sich von vornherein klar darüber sein, daß ein Rücktritt des Kabinetts an der Sache im positiven Sinne nicht das geringste ändert und höchstens die Verwirrung der parlamentarischen Lage vergrößern würde. Es gibt in dem gegenwärtigen Reichstag einfach keine Regierungsmehrheit, die geschlossen auf den Boden des Abfindungsgesetzes in seiner gegenwärtigen Form treten könnte, und selbst wenn z. B. die machthungrigen Deutschnationalen das wollten, wäre damit immer noch nichts erreicht, da die erforderliche Zweidrittelmehrheit gegen den Willen der Sozialdemokratie und der Kommunisten nicht zu erhalten ist. Ein Rücktritt der Regierung hat deshalb gar keinen Sinn. Er würde im besten Falle nach einer wochenlangen Krise zu einer Wiederbelebung des zurückgetretenen Kabinetts führen, ohne daß für die Verabschiedung des vorliegenden Abfindungsgesetzes bessere Aussichten eintreten.

Vorausgesetzt, daß die Regierung zu ihren „Konsequenzen" steht und, wie sie vor Wochen ankündigte, tatsächlich bereit ist, „mit allen parlamentarischen Mitteln" den Kampf auszufechten, bleibt unter den geschilderten Umständen zu einer ernsthaften Klärung der Verhältnisse nur die

Auflösung des Reichstages,

wenn der Sozialdemokratie bis zur dritten Lesung weitere Zugeständnisse nicht gemacht werden. Die Aussichten hierfür sind nach dem Verlauf des gestrigen Tages und dem Ergebnis der Beratungen im Plenum des Reichstages sehr gering. Von den Anträgen, die unsre Fraktion gestellt hat, ist nicht ein einziger angenommen worden. Die Zusammensetzung des Reichssondergerichts soll in der geplanten Form aufrechterhalten werden, und ebensowenig wollen die bürgerlichen Parteien bis jetzt etwas von der unbedingt erforderlichen Rückwirkung des Gesetzes wissen. Die Urteile aus der Zeit nach der Revolution binden also das Sondergericht nicht, während Urteile aus der Zeit der Monarchie für unantastbar erklärt werden. Das ist ein völlig unmöglicher Zustand.

Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß die Regierung am Freitag gezwungen ist, zu ihrem Wort zu stehen und die angekündigten „Konsequenzen" wahr zu machen. Aber von vornherein müssen wir uns gegen die Absicht wenden, diese Konsequenzen durch einen Rücktritt zum Ausdruck zu bringen und sich dann von dem Reichspräsidenten mit der Weiterführung der Geschäfte bis nach den Herbstferien beauftragen zu lassen. Das wäre eine Verfälschung des Parlamentarismus, wie die Annahme des Abfindungsgesetzes in seiner jetzigen Form eine Verfälschung des durch den Volksentscheid zum Ausdruck gekommenen Volkswillens wäre. **Es ist bezeichnend für die gegenwärtige Regierung, daß sie über derartige Pläne in vertrauten Kreisen spricht, während nach außen mit „Konsequenzen" und der Anwendung „aller parlamentarischen Mittel" gedroht wird.** Unsers Erachtens können diese Konsequenzen für den Fall der Ablehnung des Gesetzes, mit der gerechnet werden muß, wenn der Sozialdemokratie weitere wesentliche Zugeständnisse nicht gemacht werden, nur in einer Auflösung des Reichstages bestehen.

*

Das Echo der Presse

Die Volkspartei für Vertagung — Das Zentrum will energisch werden

D. **Berlin**, 30. Juni. (Eigener Funkspruch.) Die Erklärung des Reichsinnenministers in der gestrigen Reichstagssitzung, und zwar insbesondere soweit es sich um die Ankündigung der Konsequenzen handelte, findet in der Berliner Morgenpresse allgemeinen Widerhall. Alle Welt fragt sich, welcher Art die Konsequenzen sind, und es ist auffallend, daß die Beurteilung völlig verschieden ist. Insbesondere die Rechtspresse glaubt nicht an die Auflösung des Reichstages, ja, sie erwartet nicht einmal einen Rücktritt des Kabinetts, sondern im Höchstfalle eine Vertagung des Gesetzentwurfs, sobald sich nach Beendigung der zweiten Lesung herausstellen sollte, daß die Vorlage nicht die erforderliche Mehrheit findet.

Die Führung in der Vertretung dieser Auffassung hat die Tägliche Rundschau, von der Herr Stresemann zwar äußerlich nicht viel wissen will, deren Informationen aber trotzdem vielfach auf ihn und die volksparteiliche Reichstagsfraktion zurückzuführen sind. Das Blatt schreibt:

„Es gilt im Reichstag allgemein als wenig wahrscheinlich, **daß es sich bei den Konsequenzen des Reichsinnenministers um eine Reichstagsauflösung handelt.** Aber auch einen Rücktritt der Regierung hält man nicht für gerechtfertigt, da das gegenwärtige Kabinett auch nach dem etwaigen Scheitern der Vorlage noch keineswegs alle Möglichkeiten einer konfliktlosen Lösung erschöpft hat. Man würde es deshalb verstehen, wenn die Reichstagsverhandlungen vertagt würden, falls nach der zweiten Lesung die Unmöglichkeit unzweifelhaft feststehen sollte, für das Gesetz die notwendige Zweidrittelmehrheit aufzubringen. Gegen diesen Vorschlag setzt sich allerdings zur Zeit das Zentrum noch sehr entschieden zur Wehr. Es verlangt nach wie vor, daß die Vorlage noch vor dem Beginn der Sommerpause verabschiedet wird oder daß andernfalls die Konsequenzen gezogen werden."

Es ist immerhin interessant, von der Täglichen Rundschau zu erfahren, daß selbst bei einem Scheitern der jetzigen Vorlage noch keineswegs alle Möglichkeiten einer konfliktlosen Lösung erschöpft seien. Das Zentrum dürfte nach seinen wiederholten Erklärungen an seine Wählerschaft andrer Meinung sein. Jedenfalls können wir uns nicht denken, wie es einer solchen „konfliktlosen Lösung", die in nichts andrem bestehen dürfte als in einer Aenderung des jetzigen Gesetzes im Sinne der Deutschnationalen, zustimmen könnte. Die Germania schreibt denn auch in ihrer heutigen Morgenausgabe zur parlamentarischen Lage:

„Die Rechte, deren Politik ganz offenkundig darauf hinausläuft, jede reichsgesetzliche Regelung unmöglich zu machen, hofft, daß, wenn die Vorlage gesichert sein sollte, die ganze Angelegenheit bis zum Herbst vertagt wird. **Diese Taktik kann die Mehrheit des Reichstages, kann und wird vor allem das Zentrum nicht mitmachen.**

Es hat seine Stellung durch einen offiziellen Fraktionsbeschluß bekanntgegeben und ist entschlossen, danach zu handeln."

Bakunin

Zu seinem fünfzigsten Todestag

Von Hermann Wendel

Wir brauchen etwas anderes: Sturm und Leben und eine neue gesetzlose und darum freie Welt.
Bakunin.

Ein Weltbürger war Michael Bakunin in jedem Betracht des Wortes, ein Unverwurzelter, Unsteter, Unbehauster, der allemal bereit war, seine Existenz zu erneuern und fröhlich seine Sach' auf nichts gestellt hatte; sinnbildlich, wie kläglich der Versuch des Gealterten scheiterte, durch Erwerb eines Grundstückes mit Zubehör das Behagen eigener Häuslichkeit zu genießen. Auch gab, seit der Sechsundzwanzigjährige 1840 entschlossen der Heimat den Rücken gekehrt hatte, die Fremde seinem geistigen Wesen die Form: Kant, Fichte, Hegel, Feuerbach, Weitling, Proudhon und nicht zuletzt Marx bedeuteten für seine Entfaltung mehr als die gesamte noch karge russische Literatur seiner Zeit, und etwas verändert galt ein lateinisches Sprichwort für diesen ewigen Umstürzler: Ubi seditio, ibi patria! Wo es, ob in Preußen, Sachsen, Oesterreich oder Italien, nach Rebellion roch, dort war Bakunins Vaterland! Aber ob selbst Landsleute von ihm vor der Maßlosigkeit seiner Erscheinung betroffen standen, war und blieb er doch in der ganzen Offenbarung seines ungestümen Seins Ur- und Erzrusse, und nur aus dem Gesichtswinkel des Russentums betrachtet, wird seine Art klar und durchsichtig.

Schon sein äußeres Gebaben verleugnete nie den Sprossen einer moskowitischen Adelsfamilie, die mit den alten Geschlechtern des Landes eng versippt war und rund tausend Leibeigene besaß. Nicht nur der junge Brausewind, der den Rock des Artillerieoffiziers unwillig ausgezogen hatte und sich, ein Bär von einem Kerl, durch seinen leiblichen Appetit ebenso auffällig wie durch seinen geistigen Heißhunger, in Berlin und Dresden auf die deutsche Philosophie stürzte, sondern auch noch der alte Rebell, der, in einen schäbigen Schlafrock gehüllt, nicht einmal stets Tee und Zigaretten zu erschwingen vermochte, hatte etwas von einem Grandseigneur an sich, und das, was der Russe eine „breite Natur" nennt, verriet er auf Schritt und Tritt. Ein Vorbild von Herzlichkeit, Geselligkeit, Liebenswürdigkeit, schätzte er das Geld weder, wenn es ihm im Sack klimperte, noch, wenn es ihm fehlte; er war von der Frische und Empfänglichkeit eines Dichters, und die unfaßbarste aller Künste, die Musik, bezauberte ihn derart, daß der grimme Verneiner alles Bestehenden sich vor Beethovens Neunter Sinfonie als einem ewigen Wert der Menschheit neigte. Diesen Eigenschaften mischten sich Wildheit und Ursprünglichkeit; in seiner Seele gab es Urwälder, in denen nie eine Axt gerodet hatte, und ein Betrachter seines Charakters fand mit Recht, daß er zugleich etwas von einem Kinde, einem Wilden und einem Gelehrten in sich trage. Ja, wenn das schwere Brüten, dem sich, aufs Bett gestreckt, der Jüngling tagelang überließ, echt russisch war, so nicht minder das Gefühl des Berufenseins, das früh in ihm aufsprang; einem gleichaltrigen jungen Mädchen schrieb er: „Meinem Herzen ist es eingegraben: dieser wird nicht für sich selber leben!"

Aber auch seine Weltanschauung war wie im ganzen so im einzelnen durch sein Russentum bestimmt. Mit den Slawophilen teilte er den Glauben, daß die Slawen unter allen Völkern auserwählt seien, die Menschheit zu erneuern, weil sie sich, am wenigsten von dem mechanisierenden Ungeist des „faulen Westens" erfaßt, dem Urstand der Natur näher befanden. Voller Begeisterung erschien er auf dem Prager Slawenkongreß des Jahres 1848 und suchte die Bewegung der von den Habsburgern niedergehaltenen slawischen Stämme in wahrhaft revolutionäres Fahrwasser zu reißen; seine Losung hieß: Vollkommene Zerstörung des österreichischen und des russischen Reichs und dann „die herrliche, freie, slawische Föderation", aufgebaut auf Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, der Aufhebung der Leibeigenschaft und der Stände, wie auf der Verwandlung jedes Slawen in einen freien bäuerlichen Eigner. Wenn Karl Marx diesen Bakuninschen Panslawismus unwirsch ablehnte, weil er entweder auf eine Phantasie oder aber auf die russische Knute hinauslaufe, war sein leidenschaftlicher Verfechter damals weit davon entfernt, dem zarischen Machtdrang Vorschub zu leisten. Aber als Bakunin im Nachmärz Jahr und Tag in den russischen Kerkern moderte, in deren Hölle nach seinem eigenen Wort ein Napoleon schwachsinnig, ein Christus schlecht werden mußte, gestand er in seiner Beichte an Nikolaus I., die erst in diesen Wochen veröffentlicht wurde, daß er 1848 einen Brief entworfen habe, der den Selbstherrscher in Petersburg anflehte, „sich zum Zaren aller Slawen zu erklären und das slawische Banner in Osteuropa, allen Deutschen und andern Unterdrückern und Feinden der slawischen Rasse zum Trotze, aufzupflanzen"; die russische Knute war also diesen panslawischen Träumereien näher, als selbst Marx argwöhnte, und wenn Bakunin später, namentlich während des Krieges von 1870, in Haßausbrüchen gegen Deutschland schwelgte, so witterte er wohl mit Fug in dem bismärckischen Reich eine „häßliche Vereinigung von Wissenschaft und Brutalität", aber in der fanatischen Abneigung gegen alles Deutsche steckte auch der unklare Abscheu des ungezügelten moskowitischen Naturburschen vor dem klassischen Land der Ordnung, Regelung und Abstempelung.

Aus denselben Urgründen seiner chaotischen Seele stiegen seine Anschauungen über die gesellschaftliche Umwäl-

Caillaux ist kein Retter

Briands Fortwurstelei — Regierungserklärung — Kein Steuerzugriff — Hoffnungen auf Pump

P. **Paris**, 29. Juni. (Eig. Drahtb.)

Die Regierungserklärung, die Briand am Dienstag vor einer vollzählig erschienenen und gespannt lauschenden Kammer mit überfüllten Tribünen verlas, hat das Parlament unleugbar enttäuscht. Man hatte nach den großen Hoffnungen, mit denen Caillaux als Finanzminister begrüßt worden war, in der Programmerklärung der neuen Regierung die Ankündigung wirkungsvollerer Maßnahmen erwartet. Caillaux schien es ganz gern zu sehen, als „Retter" Frankreichs in schwerer Zeit begrüßt zu werden. Man hatte sogar verbreitet, die Regierungserklärung werde die Form eines Manifestes „An die Nation" annehmen.

Statt dessen hörte man von der Kammertribüne die Verlesung des langatmigen Programms einer Durchschnittsregierung. Von den außergewöhnlichen Mitteln, um außergewöhnlichen Zeitumständen zu begegnen, enthielt sie nichts. Die Maßnahmen, die die Regierung Briand-Caillaux zur Finanzsanierung ankündigt, sind alte, zum Teil bereits verbrauchte oder aufgefrischte Mischeeks, von denen man zum mindesten sagen muß, daß sie das Parlament im gegenwärtigen Augenblick weniger als je erwartete. Die Enttäuschung war grausam; der Beifall war mit den ironischen Zwischenrufen peinlich. Die Mehrheit, die Briand zum Schluß für die Vertagung der Finanzdebatte zusammenbrachte (262 gegen 130 Stimmen, bei 160 Enthaltungen), spiegelt diese enttäuschten Hoffnungen sicher wider, und wenn es Caillaux nicht gelingt, mit seinem Finanzprogramm, das er in einigen Tagen einbringen will, mehr und Neueres zu bringen als in der dürftigen Regierungserklärung, so dürfte das 10. Ministerium Briand oder mindestens sein Finanzminister nicht alt werden; denn die Kammer gab in ihrer Abstimmung deutlich zu verstehen, daß sie die Vertagung der Interpellationen über die Finanzpolitik nur als eine Verlängerung einer kurzen Gnadenfrist ansehe.

*

Nur Palliativmittelchen

Der finanzielle Teil der Regierungserklärung beginnt mit der zweifelhaften Versicherung, daß das Budget im Gleichgewicht sei und daß die Regierung infolgedessen **von jeder neuen Belastung der Steuerzahler absehen könne.** Sie halte es darüber hinaus im Interesse der notwendigen Beruhigung der Sparer für ihre Pflicht, **die allzu hohen Sätze der Einkommen- und der Börsensteuer herabzusetzen.** Den Einnahmeausfall werde sie durch **Verschärfung der fiskalischen Kontrolle** ausgleichen. Die Hauptsorge der Regierung seien die Schwierigkeiten der Tresorie (die Schulden!), die eine ernste Gefahr für das Wirtschaftsleben der Nation bildeten. Schon jetzt aber glaube sich die Regierung zu der Erklärung genötigt, daß sie in keinem Falle die Verpflichtungen, die der Staat übernommen habe, antasten werde. Sie beabsichtige die Liquidation der kurzfristigen Verbindlichkeiten. Dann werde sie die Stabilisierung der Währung vorbereiten. Das Ziel sei, einem weiteren Abwärtsgleiten des Frank Einhalt zu tun und durch Schaffung einer neuen aber unveränderlichen Parität die Sicherheit des Geldverkehrs wiederherzustellen. Sie wisse, daß eine der Voraussetzungen dafür die Regelung der interalliierten Schulden sei und werde deshalb dem Parlament so bald wie möglich Gelegenheit geben, darüber zu entscheiden. Die Regierungserklärung gibt dann noch einen kurzen Rückblick auf die internationale Lage, die gut und zufriedenstellend sei, und schließt mit der Ankündigung der Wahlrechtsreform.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19260630/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG